

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Anneliese Kitzmüller, Carmen Schimanek
und weiterer Abgeordneter
betreffend die Erhebung anonymisierter statistischer Daten in Zusammenhang mit
Schwangerschaftsabbrüchen

eingebraucht im Zuge der Debatte zu Tagesordnungspunkt 8: Bericht des Familienausschusses
über den Antrag 366/A(E) der Abgeordneten Dr. Marcus Franz, Kolleginnen und Kollegen
betreffend "Schaffung von Beratungsstellen für ungewollt Schwangere" (1637 d.B.) in der 183.
Sitzung des Nationalrates

Schwangerschaftsabbrüche stellen enorme psychische und physische Belastungen
für die Betroffenen dar.

In vielen Fällen leiden die Mütter, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch
entscheiden, unter anderem am so genannten Post-Abortion-Syndrom. Dieses
Syndrom kann als eine Form der Posttraumatischen Belastungsstörung bezeichnet
werden. In diesem Zusammenhang können unter anderem Schlafstörungen,
Alpträume, Angststörungen, Angst- und Panikattacken, Schuldkomplexe etc.
auftreten.

Daher wird seit Jahren in Österreich die Frage der Einführung von Statistiken über
Schwangerschaftsabbrüche diskutiert, die unter anderem als Grundlage für eine
entsprechende Hilfe für die Betroffenen bzw. als Basis für Prävention dienen sollen.

Wie einer vom Österreichischen Institut für Familienforschung im August des Vorjahres
erstellten Stellungnahme zur Erhebung statistischer Daten im Zusammenhang mit
Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich zu entnehmen ist, zählt Österreich zu den
wenigen Ländern in Europa, die bislang keine Statistik zu
Schwangerschaftsabbrüchen führen, und wäre die Einführung einer solchen Statistik
jedenfalls zu begrüßen.

Diese Ansicht teilt auch das Bundesministerium für Familien und Jugend in einer
entsprechenden Stellungnahme vom Oktober 2015, in welcher es unter anderem
heißt:

*„Für die Beurteilung/Messung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Prävention
ungewollter Schwangerschaften und daraus resultierender Schwangerschafts-
abbrüche wird eine derartige Maßnahme durchaus als sinnvoll erachtet. (...) Die
Einführung einer anonymisierten Statistik über Schwangerschaftsabbrüche und die
daraus gewonnenen Informationen können dazu beitragen, dass mehr
Präventionsmaßnahmen und bedarfsgerechte Unterstützungsangebote für
ungeplante/ungewollte Schwangerschaften entwickelt werden.“*

Welche Bedeutung die Einführung entsprechender Daten hat, zeigt das Beispiel
Deutschland, auf welches in der genannten Stellungnahme des Bundesministeriums
für Familien und Jugend wie folgt hingewiesen wird:

*„In Deutschland lässt sich in den letzten Jahren anhand von Statistiken ein
kontinuierlicher Rückgang der Schwangerschaftsabbrüche insgesamt vor allem aber
in der Altersgruppe der 18 bis unter 25-Jährigen nachweisen, wodurch auch positive*

Rückschlüsse auf die Wirksamkeit der dortigen präventiven/begleitenden Maßnahmen gezogen werden können.“

Seit Jahren bringen daher wir Freiheitliche entsprechende Anträge mit der Zielsetzung der Erhebung von statistischen Daten zu Schwangerschaftsabbrüchen ein, die aber regelmäßig von ÖVP und SPÖ abgelehnt bzw. veragt wurden.

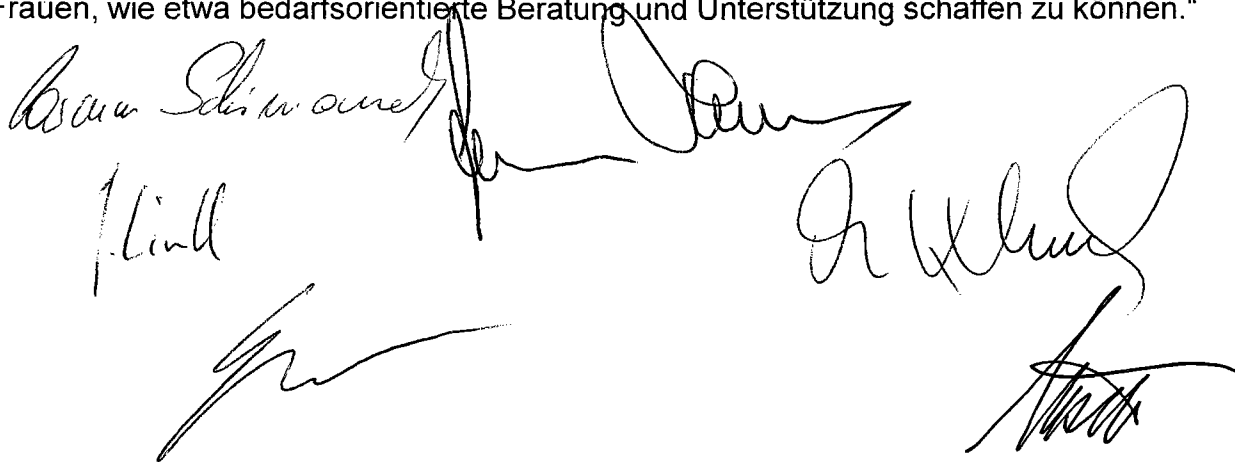
Dies obwohl es in der Vergangenheit auch beispielsweise gerade von Seiten der ÖVP immer wieder Vorstöße in diese Richtung gab: „Die Ex-ÖVP-Familienstaatssekretärin Christine Marek forderte einst eine statistische Erfassung und scheiterte an Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ).“ Die Presse vom 11. Juli 2013

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, welche die Grundlage für die Durchführung einer anonymisierten Statistik über Schwangerschaftsabbrüche als ein sinnvolles Mittel bietet, um Maßnahmen zur Prävention ungewollter Schwangerschaften hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu prüfen und gegebenenfalls zu optimieren bzw. um mithilfe dieser Informationsgrundlage verbesserte Rahmenbedingungen für werdende Eltern, insbesondere schwangere Frauen, wie etwa bedarfsorientierte Beratung und Unterstützung schaffen zu können.“



Handwritten signatures of several members of the National Council, including names like "Bauer", "Schwarzenegger", "Hindl", and others.

Wien, 7. Juni 2017

